

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Drosselkonto Dresden 2640

Ersteinung täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch unsere Vertreter gegenbar in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie andere Zusätze und Gebühren nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse kann der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe bei Bezugspreis.



Interessante Preisliste. Nr. 10 bis 1000. Preisliste über den Namen, die Zahl der Kopien, die Zahl der Abnehmer und die Zahl der Abnehmer. Die Zahl der Abnehmer ist in der ersten Spalte angegeben. Die Zahl der Kopien ist in der zweiten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der dritten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der vierten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der fünften Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der sechsten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der siebten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der achten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der neunten Spalte angegeben. Die Zahl der Abnehmer ist in der zehnten Spalte angegeben.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 182

Sonntag den 6. August 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Auszahlung der Rentennotstands- und Minderbemittelten-Unterstützung Montag den 7. August 1922.

Wilsdruff, am 5. August 1922.

4258

Der Stadtrat.

## Maul- und Klauenfeuche.

Unter dem Viehbestande des Rittergutspächters Oberndorfer

in Limbach ist die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen. Als Sperrbezirk wird die Gemeinde Limbach, als Beobachtungsgebiet werden die Gemeinden Schmiedewalde, Blankenstein und Helbigsdorf, als Schutzzone die Gemeinden Herzogswalde, Steinbach bei Röhren mit Rittergut, Neulirchen, Lanneberg, Großsch, Burthardswalde, Seeligsdorf bestimmt.

Meißen, am 3. August 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der englische Schatzkanzler erklärte im Unterhaus bei einer Rede über die deutschen finanziellen Leistungen, daß jetzt ein Zahlungsausschub für Deutschland notwendig sei.

Ein hoher Beamter des amerikanischen Schatzamtes hat amtlich angekündigt, daß ein Erlaß der Schulden der Alliierten an Amerika nicht stattfinden werde.

Für die Zeit vom 9. bis einschließlich 15. August beträgt das Goldsolowergeld 11900 Prozent.

Für den 1. Oktober ist eine Erhöhung der Postgebühren in Aussicht genommen.

Die englische Regierung verstärkt die Luftverteidigungsflotte um 50 Flugzeuge.

In mehreren italienischen Städten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Faschisten und Sozialisten.

Der griechische Vormarsch gegen Konstantinopel ist zum Stillstand gekommen.

### Der notwendige Zahlungsausschub.

Es brennt im Dachstuhl des europäischen Hauses. Die Flamme schlagen schon furchtbar aus Fenstern und Türen, und seine Bewohner werden von dem dumpfen Gestank schier erdrückt, daß der gewaltige Bau über Nacht zusammenstürzen könnte. Geschäftig eilen die Führer der Nationen hin und her, da sie doch nicht gut untätig scheitern dürfen im Augenblick höchster Gefahr. Aber sie reden nur und reden, statt kräftig zuzugreifen und die Feuerspritze in Tätigkeit zu setzen.

Einen ganzen Tag lang hat jetzt wieder das englische Unterhaus der Frage der Reparationen gewidmet. Mit großer Ausführlichkeit verbreitete sich der britische Schatzkanzler Sir Robert Horne über die finanzielle Lage Europas im allgemeinen und die Leistungen Deutschlands an seine früheren Feinde im besonderen. Er nahm seinen Anstand, festzustellen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, auch den in jüngster Zeit übernommenen, nach Möglichkeit nachgekommen ist, und daß Aussicht vorhanden gewesen wäre, auf diesem Wege ohne neue Konflikte weiterzukommen, als die Ermordung Rathenau der deutschen Reichsmark und dem deutschen Kredit einen neuen furchtbaren Stoß versetzte. Nun freilich müsse man einsehen, daß die fernere Beilegung von Privatschulden die Fähigkeit der deutschen Regierung zur Erfüllung ihrer Reparationsverpflichtungen beeinträchtigt, so daß es nicht zu verwundern sei, wenn Deutschland sich außerstande erklärt, jetzt noch auswärtige Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu finden. Aber diese neue Schwierigkeit werde am Montag zwischen dem französischen und dem englischen Premierminister verhandelt werden. Der Schatzkanzler unterließ es auch nicht, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Leichtigkeit, mit der Frankreich nach seiner Niederlage 1870/71 die ihm damals auferlegten Kriegsschulden abgab, mit den letzten durchaus anders gearteten Verhältnissen nicht in Vergleich gestellt werden darf. Der deutsch-französische Krieg ist sehr kurz gewesen und Frankreichs auswärtiger Kapitalbesitz sei damals unberührt geblieben. Ebenso sein internationaler Kredit, der ihm dazu half, sich seiner Kriegsschulden sehr rasch zu entledigen. Der Weltkrieg hingegen war sehr lang und erschöpfend. Deutschland sei durch ihn öfter seiner auswärtigen Hilfsquellen beraubt worden, und seine Kapitalquellen im neutralen Ausland seien für notwendige Lebensmittel und Rohmaterialien längst ausgezehrt. Und endlich seien auch die Deutschen noch verbliebenen Besitztümer nach dem Krieg für Reparationszwecke sehr stark in Anspruch genommen worden. So gar ein Teil seines Goldvorrates mußte für Aufwendungen dieser Art verbraucht werden. Enorme Summen deutscher Wert seien verkauft worden unter starker Beeinträchtigung ausländische Hände, die sich dann in der Zeit der kritischen Periode von diesem Besitz wieder frei machten. Deutschland importierte mehr als es exportierte, mit dem Ergebnis, daß immer mehr Papiergeld ausgegeben und dessen Wert dadurch ständig herabgedrückt wurde. Aber die Höhe des im Ausland geländerten deutschen Kapitals mache man sich sehr übertriebene Vorstellungen. Doch sei Deutschland ungewiss, in der Lage, eine beträchtliche Reparationssumme zu zahlen. Es werde selbst wünschen, alles zu tun, wozu es imstande sei, aber im Augenblick sei ein Zahlungsausschub doch wohl erforderlich. Der französische Ministerpräsident werde mit gewissen Vorschlägen nach London kommen, ihnen müsse die britische Regierung mit freien Vorschlägen begegnen können.

Auch Lloyd George legte nach dem Schatzkanzler großes Gewicht auf die Wahrung seiner Verhandlungsfreiheit gegenüber Herrn Poincaré. Im übrigen aber bestand seine Weisheit lediglich darin, eine wirklich entscheidende Stellungnahme zwischen den vielen Schwierigkeiten, von denen er sich umgeben sieht, mit Zeitänzergewandtheit auszuweichen. Gewiß würden die Alliierten, wenn Deutschland zu hart bedrängt werde, möglicherweise nicht erlauben. Gewiß bestünde auch die Gefahr, daß es, zur Verzweiflung getrieben, den Reaktionen oder den Kommunisten in die Arme falle. Deswegen aber wäre es doch falsch, auf gerechte Ansprüche gegen Deutschland zu verzichten oder seine Zahlungsfähigkeit geringer anzuschlagen als sie sei. Wir müssen fair sein gegen Deutschland, gerecht gegen Frankreich und auch gerecht gegen unser eigenes Volk. In diesem Stil ging es weiter. Man sieht also: Die Unentschlossenheit in Verson, während drüben in Paris schon Befehle fertig ausgearbeitet vorliegen, die Deutschland in neue, unabsehbare und vielleicht tödliche Gefahren stürzen sollen.

Wenn man will, kann man jedoch in den weiteren Mitteilungen des britischen Premierministers über den Stand der Arbeiten des englischen Reichsverteidigungsausschusses eine blühende Beleuchtung der augenblicklichen Lage erblicken. Danach hat die englische Regierung beschlossen, eine Verteidigungsluftflotte von fünfhundert Flugzeugen aufzustellen, was zunächst nur mit zwei Millionen Pfund Sterling veranschlagt wird. Schon in diesem Jahre würden große Bestellungen für diesen Zweck an private Firmen vergeben werden. Damit soll jedoch einer ferneren Vergrößerung der Luftstreitkräfte nicht vorgegriffen werden, falls die nationale Sicherheit sie nötig machte. Man würde sich darüber nächstes Jahr im Lichte der Finanzlage und der Luftfahrtpolitik anderer Mächde schützig machen und als ein neuerlicher Abgeordneter fragte, ob diese Riesenherhöhung der Ausgaben für die Luftflotte auf die enorme Entwicklung des Flugdienstes in Frankreich zurückzuführen sei, erwiderte Lloyd George, abermals weise und diplomatisch: Wir haben alle Umstände in Rechnung zu stellen. Alle Umstände — uns will nur scheinen, daß dabei der Umstand nicht geblühend beachtet worden ist, daß im nächsten Jahr dank der gegenwärtigen Handlungsfreiheit der Herren Poincaré und Genossen auch mit militärischen Mitteln nicht mehr zu retten sein könnte, was Lloyd George wohl gern gerettet sehen möchte.

### Moratorium und Bankierkonferenz.

Alle Vorbereitungen für die am Montag beginnende Konferenz sind getroffen. Lloyd George wird den Vorsitz führen. Außenminister Balfour, Schatzkanzler Sir Robert Horne und aller Voraussicht nach auch Kriegsminister Sir Borchington Sand werden an den Verhandlungen teilnehmen. In englischen politischen Kreisen hofft man allgemein, daß die Zusammenkunft den Weg für eine umfassende Konferenz ebnet wird, an der auch Amerika teilnehmen wird. Soweit jetzt in London Entscheidungen gefällt werden sollten, werden sie sich wohl auf das von Deutschland erbetene Moratorium beschränken und die Garantienmaßnahmen, die von Deutschland verlangt werden sollen, sowie auf die Prüfung der Frage, ob es angängig ist, das Bankierkomitee sofort wieder einzuberufen, um die Aussichten für eine internationale Anleihe zu studieren. Vielleicht werden die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré länger dauern, als man zuerst angenommen hat.

### Schwierigkeiten im Ausgleichsverfahren.

Abrechnung zum Tageskurse unmöglich. Die französische und die belgische Presse behaupten, Deutschland habe die Schwierigkeiten bei den Ausgleichszahlungen dadurch selbst verschuldet, daß es den deutschen Schuldner gesteuert habe, ihre Schuld durch Zahlung des bloßen Vorkriegskurses abzudecken. Dieser Vorwurf ist durchaus unbegründet. Die Schwierigkeiten bei der Ausbringung der Ausgleichszahlungen beruhen darauf, daß zur Erfüllung der nach dem Friedensvertrag bestehenden Zahlungsverpflichtungen Deutschlands

### Ansprüche auf Hergabe von Devisen

an die deutsche Volkswirtschaft in einem Umlauf gestellt werden, die ohne Zerrüttung des Wirtschaftslebens nicht erfüllt werden können. Auf diesen Vorwand ist aber die Ari und Waise, in der das Reich mit den Ausgleichsschuldnern abregnet, ohne jeden Einfluß. Eine völlige Entlassung des Reichs wäre ohnehin unzulässig gewesen, weil das Reich nach dem Friedensvertrag für

die deutschen Privatschulden haftet. Diese Last wird noch dadurch gewaltig gesteigert, daß im Ausgleichsverfahren auch Markschulden in der Währung des beteiligten gegnerischen Staates unter Umrechnung zum Vorkriegskurse zu begleichen sind. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle war es aber von vornherein ausgeschlossen, von den Schuldner den vollen Tageskurs ihrer Schulden einzutreiben. Selbst den gegnerischen Ausgleichsämtern gelingt es vielfach nicht, von den alliierten Schuldnern die Schuldbeiträge rechtzeitig einzulassen. Die Belastung der deutschen Schuldner mit dem vollen Tageskurs ihrer Verbindlichkeiten würde nothgedrungen zu einer gewaltigen Steigerung der Ausgaben des Reichs

auf anderen Gebieten führen. Denn dann müßte zunächst auch mit den Ausgleichsschuldnern zum Tageskurs abgerechnet werden. Auch dem im feindlichen Auslandes Geschädigten müßte dann der Tageskurs des Liquidationserlöses gewährt werden, während der neue Gesetzentwurf für die Ausgleichs der Finanzlage des Reichs eine weitläufige geringere Entschädigung vorsieht. Würde aber hier überall der Tageskurs zugrundegelegt, so würde das Reich durch Ausgleichsverfahren und Liquidationsschuldigung eine Gesamtbelastung erfahren, die zum mindesten das zehnfache der Kosten darstellen würde, welche die Durchführung der neuen Gesetzentwürfe verlangt

### Der Wiederaufbau Oberschlesiens.

Schul- und Genossenschaftswesen und Bergbau. In einer Konferenz in Gleiwitz äußerte sich der preussische Handelsminister Siering vor Vertretern der betroffenen Stellen über die Aufgaben, die zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Gesundung des deutschgebliebenen Teiles von Oberschlesien in nächster Zukunft gelöst werden sollen. Die Maßnahmen, die der Minister in Oberschlesien für notwendig hält, sind u. a. der Ausbau des Berufs- und Fachschulwesens, die Durchführung der Berufsschulpflicht für die männliche und die weibliche Jugend, der Ausbau der Baugewerkschulen, der Schulen hauswirtschaftlichen Unterrichts und für Lebensübungen, sowie des kaufmännischen Schulwesens. Ferner ist der Ausbau des Genossenschaftswesens geplant, auch hält der Minister eine Beteiligung des preussischen Staates an dem Ausbau des kommunalen Kraftwerkes in Oppeln in Höhe von 50 Millionen Mark für unbedingt erforderlich. Um für die Kohlenförderung der verlorenen Gebiete in Deutsch-Oberschlesien wenigstens teilweise Ersatz zu schaffen, hat die preussische Bergverwaltung in Aussicht genommen, die bestehenden städtischen Schachtanlagen im Laufe der nächsten 6 Jahre für eine Steigerung der Jahresförderung auf 3 200 000 Tonnen, also für eine Million Tonnen mehr, zu erweitern und auszubauen.

### Eine oberschlesische Denkmünze

Die Interalliierte Kommission für Oberschlesien hat die Bestimmung einer oberschlesischen Denkmünze beschlossen, die für solche Personen bestimmt ist, die während der Bewahrung Oberschlesiens durch die Kommission zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien beigetragen haben. Die Kommission hat eine Liste von 30 000 Personen aufgestellt, die das Abzeichen erhalten sollen.

### Finanznot in Polnisch-Oberschlesien.

In der letzten Zeit haben sich die finanziellen Nöte der größeren Gemeinden Polnisch-Oberschlesiens besonders fühlbar gemacht. Die Städte Königshütte und Rattowitz waren am 1. August nicht in der Lage, die Gehälter der Beamten und Angestellten zur Auszahlung zu bringen. Deshalb sind der Oberbürgermeister von Königshütte und der Bürgermeister von Rattowitz nach Warschau abgereist, um im Finanzministerium eine Anleihe in Höhe von 200 Millionen Mark zu erwirken.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Entfernung der monarchischen Hoheitszeichen. Der preussische Minister des Innern und der Finanzminister haben eine neue Verfügung gegen die an vielen Orten noch sichtbaren Zeichen der früheren monarchischen Staatsform erlassen. In Abänderung der früheren Erlasse wird angeordnet, daß die früheren monarchischen Hoheitszeichen an der Außenseite sowie im Innern sämtlicher staatlichen und kommunalen Dienstgebäude und Diensträume sowie an allen anderen dem Publikum zugänglichen oder